

Wirtschaftspolitische Informationen 7/2003

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Juni 2003
<http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik>



Vorziehen der Steuersenkungen?

6 Milliarden Euro Steuergeschenke

67000 Euro für Einkommensmillionäre?	2
Das Geheimnis des Spitzensteuersatzes	3
Bilanz für viele Beschäftigte: negativ!.....	3
Kampf der Arbeitslosigkeit durch Steuergeschenke?	4
Öffentliche Investitionen sind überlegen	5
Alternativen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit	6

67000 Euro für Einkommensmillionäre?

Die Bundesregierung plant, die ursprünglich für 2005 vorgesehene dritte Stufe der Einkommensteuerreform vorzuziehen. Sie würde dann mit der ohnehin zum 1. Januar 2004 geplanten zweiten Stufe zusammenfallen. Damit sollen der im dritten Jahr dahin dümpelnden Wirtschaft neue Impulse gegeben werden.

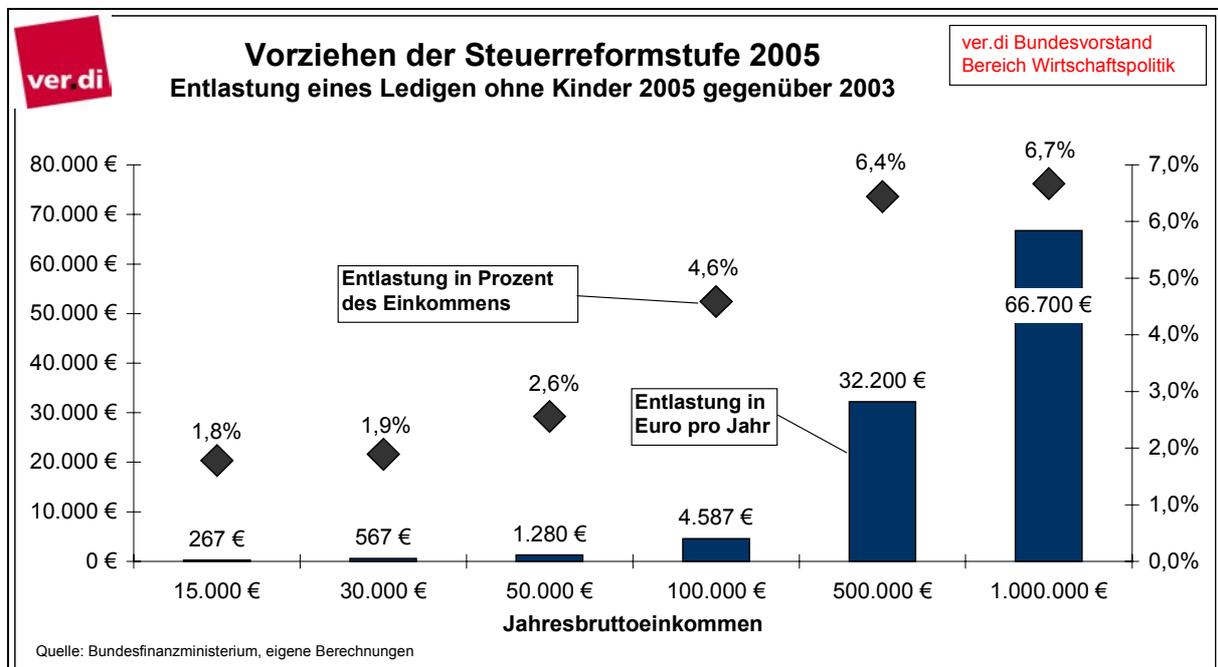
Einkommensmillionären werden fast 67.000 Euro Steuern geschenkt!

Soviel verdienen die meisten Beschäftigten nicht einmal.

Gering- und Normalverdiener merken dagegen kaum eine Entlastung:

Bei 15.000 Euro Einkommen gerade einmal 267 Euro im Jahr oder rund 22 Euro (!) im Monat. Hinzu kommt, dass Finanzminister Eichel 15 Milliarden Euro im Haushalt 2004 einsparen will. Absehbar ist, dass die Zeche letztlich wieder die Gering- und Normalverdiener zu zahlen haben.

Die Beschäftigten sollen die Gegenfinanzierung tragen. So droht die Vorziehung der Steuerreform ein weiterer Schritt der Umverteilung von unten nach oben zu werden.



Übrigens: In allen Darstellungen des Finanzministeriums und in den Medien wird immer nur die Steuerersparnis bei Einkommen bis 100.000 Euro dargestellt.

Das Geheimnis des Spitzensteuersatzes

Mit der Zusammenfassung der Steuersenkungen 2004 und 2005 wird der „Spitzensteuersatz“ von 48,5 Prozent auf 42 Prozent gesenkt. Mit diesem Satz werden zur Zeit alle Einkommen oberhalb von 55.000 Euro besteuert, demnächst oberhalb von 52.152 Euro. Klar: „Otto Normalverbraucher“ merkt von dieser Absenkung nichts, da er oder sie überhaupt nicht soviel verdient. Aber beim Einkommensmillionär schlägt diese Senkung voll zu!

Und sie kostet die öffentlichen Kassen richtig viel Geld. Die Senkung des Spitzensteuersatzes wird rund 6 Milliarden Euro kosten. Insgesamt soll die Umsetzung der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform den Staat zusammen rund 25 Milliarden Euro kosten.

Auch an den anderen Stellschrauben des Steuertarifs wird gedreht:

- Der *Grundfreibetrag* wird erhöht. Von 7235 Euro auf 7664 Euro. Für dieses Grundeinkommen braucht keine Steuer bezahlt zu werden.
- Der *Eingangssteuersatz* wird von 17 Prozent auf 15 Prozent herabgesetzt. Mit diesem Satz wird das Einkommen von 7665 Euro an besteuert.

Das Entscheidende ist aber nicht die Entlastung unten, sondern die massive Senkung des Spitzensteuersatzes auf dann nur noch 42 Prozent. 1998 betrug er noch 53 Prozent – und da hatten wir sogar ein höheres Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit!

Bilanz für viele Beschäftigte: negativ!

Finanzminister Eichel will die Steuerentlastung dadurch finanzieren, dass der Staat 15 Milliarden im Jahr 2004 einspart – durch weiteren Abbau sozialer Leistungen und anderer öffentlicher Ausgaben sowie den Abbau von „Subventionen“. Dadurch kommt die Binnennachfrage, die dringend deutliche Impulse braucht, weiter unter Druck. Denn auch die Sozialausgaben und die Ausgaben des Staates selbst sind wichtige Teile der gesamten Nachfrage, deren Ausfall die Wirtschaft schwächt und Arbeitsplätze kostet. Deshalb wird auch die „Agenda 2010“ keine positiven, sondern negative Auswirkungen haben. Wirtschaftsforscher rechnen bereits hierdurch mit einem Minus von über 100.000 Arbeitsplätzen.

Der Abbau von sogenannten „Subventionen“ wird auch keineswegs, wie man es bei dem Begriff zunächst vermuten könnte, besonders die Wirtschaft belasten. Im Gespräch sind nämlich insbesondere solche „Subventionen“, die Beschäftigten zugute kommen. Streichung oder Kürzung folgender Leistungen stehen bei Eichel auf dem Merktzettel:

- Entfernungspauschale für Fahrten zum Arbeitsplatz
- Eigenheimzulage
- Steuerfreiheit der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge.

Für viele Arbeitnehmerfamilien wird sich im Ergebnis die Bilanz dieser „Reform“ negativ darstellen. Die Verluste werden bei vielen größer sein als die bescheidenen Steuernachlässe. Viele Beschäftigte werden nicht weniger, sondern mehr Steuern zahlen als vorher.

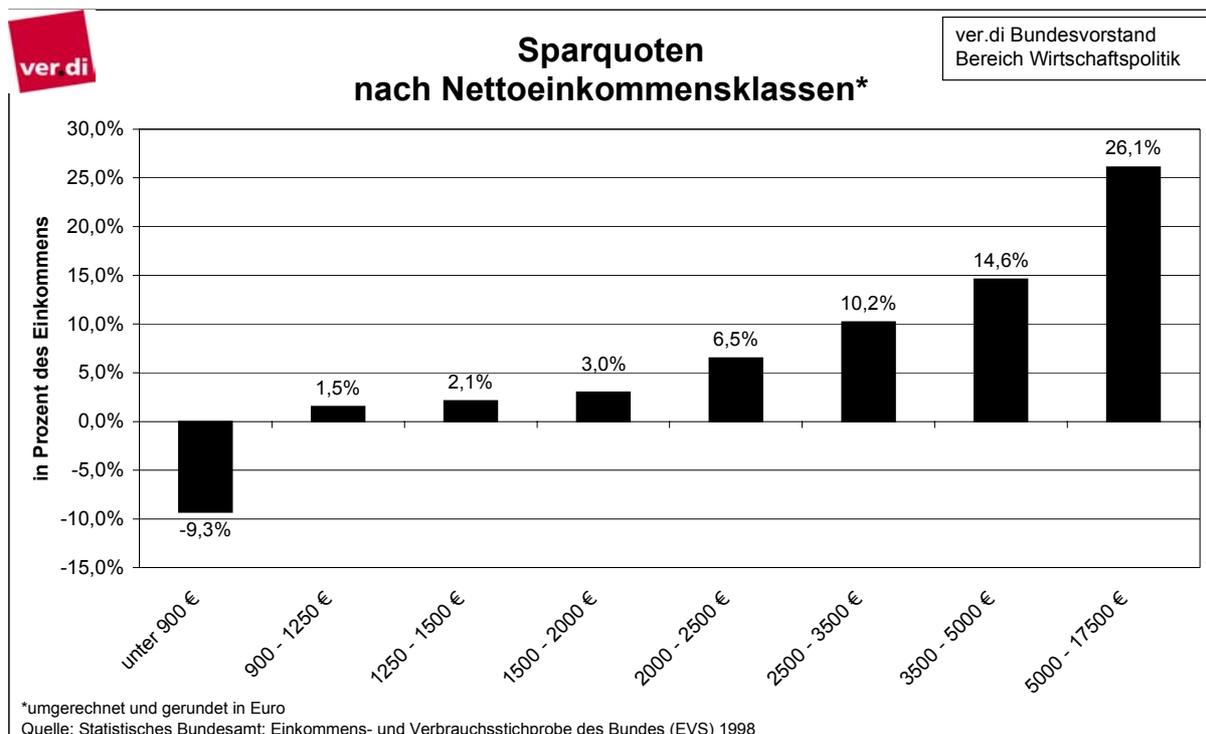
Kampf der Arbeitslosigkeit durch Steuergeschenke?

Die Befürworter der vorgezogenen Steuersenkung wollen die Nachfrage ankurbeln, so Wachstum schaffen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Positiv ist, dass plötzlich die Nachfrageschwäche als Problem gesehen wird.

Da aber besonders die Besserverdienenden von der „Steuerreform“ profitieren, wird ein großer Teil der Steuerersparnis nicht in die Nachfrage fließen. Familien oder Singles mit einem hohen Einkommen werden nur einen Teil ihres zusätzlichen Nettoeinkommens ausgeben. Wer sich sowieso schon fast alles leisten kann, wird einen großen Teil des Geldes in zusätzliche Ersparnisse stecken.

Bereits Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5000 und 17.500 Euro sparen davon schon mehr als ein Viertel. Mit einem Großteil der gesparten Steuergelder von 67.000 Euro wird der Einkommensmillionär also lediglich sein Geldvermögen weiter aufstocken. Damit wird die Auseinanderentwicklung der Einkommen und in der Folge auch der Vermögen weiter verschärft und die Nachfragewirkung der Steuersenkung geschwächt.

Auch die meisten Selbständigen und Personenunternehmen, die von der Steuersenkung profitieren, werden den höheren Nettogewinn nicht für arbeitsplatzschaffende Investitionen nutzen, sondern für Kapitalanlagen oder Schuldenabbau. Denn in neue



Arbeitsplätze investiert wird nur dann, wenn es genug Aufträge und Kundschaft gibt, so dass sich eine Ausweitung der Produktion lohnt. Aber gegenwärtig sind zumeist schon die bestehenden Kapazitäten nicht ausgelastet, weil es an Nachfrage fehlt. Spart der Staat dann auch noch massiver denn je, bricht die Nachfrage sogar weiter ein.

„Anleger wissen nicht wohin mit dem Geld“

Welt am Sonntag 21. Juni 2003

Daran ändern auch vermeintliche positive „psychologische Effekte“ nichts. Wie falsch die Behauptung ist, weniger Unternehmenssteuern führten zu mehr Investitionen, zeigen die letzten Jahre besonders deutlich. 2001 trat eine Untersteuerreform in Kraft, durch die die Steuerbelastung der Unternehmen so drastisch gesenkt wurde wie noch nie. Es hätte also einen beachtlichen Aufschwung geben müssen. Bekanntlich war das Gegenteil der Fall.

**Ein erheblicher Teil der geplanten
Steuersenkung wird ohne die erhofften
Nachfrageeffekte schlicht versickern.**

Öffentliche Investitionen sind überlegen

ver.di fordert die Bundesregierung auf, bei einem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5 Prozent auf 42 Prozent zu verzichten. Einkommensmillionären über 60.000 Euro jährlich zu schenken, ist nicht nur in der gegenwärtigen Situation unverständlich und mehr als überflüssig. Statt dessen müssen die Gelder für dringend notwendige Investitionen in den Kommunen verwendet werden.

Keinesfalls dürfen die Steuerausfälle durch weitere Kürzungen von Sozialleistungen und zu Lasten niedriger und mittlerer Einkommen finanziert werden. Das wäre nicht nur ein weiterer Schlag gegen die soziale Gerechtigkeit, sondern auch schädlich für Wachstum und Beschäftigung, weil dann per Saldo die Binnennachfrage weiter geschwächt würde.

Stattdessen muss ein vorübergehend höheres Staatsdefizit in Kauf genommen werden, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. Anstatt die Situation weiter zu verschärfen ist es besser, übergangsweise notwendige Ausgaben über weitere Kredite zu finanzieren, um so Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Anschließend kann dann auf einem höheren Wohlstands- und Beschäftigungsniveau eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angestrebt werden. Und dies darf dann nicht über Ausgabenkürzungen erfolgen, sondern in erster Linie über eine Steigerung der Einnahmen.

Der Internationale Währungsfonds – wahrlich keine gewerkschaftsnahe Einrichtung – hat kürzlich darauf hingewiesen, dass eine Steigerung der Staatsausgaben erheblich größere Wachstumswirkungen hat als Steuersenkungen.

Alternativen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

ver.di fordert einen grundsätzlichen Kurswechsel der Wirtschafts- und Finanzpolitik:

1. ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Damit sollen die öffentlichen Investitionen in Deutschland in den nächsten Jahren in sozial und ökologisch sinnvollen Feldern um 40 Milliarden Euro auf ein in anderen europäischen Ländern und den USA übliches Niveau gehoben werden. So würden über 500.000 Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft käme in Schwung.
2. eine Stärkung der Staatsfinanzen und mehr Steuergerechtigkeit durch die Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, eine stabile Besteuerung der Unternehmen und eine kontrollierte und mit wachsendem Einkommen steigende Besteuerung aller Einkommensformen.
3. die Rücknahme des geplanten massiven Sozialabbaus insbesondere zu Lasten von Arbeitslosen und Rentnern, keine einseitigen Entlastungen der Arbeitgeber. Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch sinnvolle Reformen finanziell gestärkt und die Qualität und Effizienz ihrer Leistungen gesteigert werden.

